

Michael Beleites (2001): Wismut und Stasi. Erfahrungen mit Wissenschaftlern. Festvorträge „Zu Ehren von Prof. Dr. Otmar Wassermann“ anlässlich des 4. Norddeutschen Umweltsymposiums des Deutschen Berufsverbands der Umweltmediziner e.V., Kiel, 3. und 4. März 2001. Schriftenreihe des Instituts für Experimentelle Toxikologie, Universitätsklinikum Kiel, Heft 50. Kiel 2002. S. 59-64.

Michael Beleites

Wismut und Stasi – Erfahrungen mit Wissenschaftlern

Lieber Professor Otmar Wassermann, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn heute so viel über Fälschung und Korruption in der Wissenschaft und über die Unterdrückung von Umweltinformationen im Westen Deutschlands gesprochen wurde, so will ich auf die politisch motivierte Vertuschung umweltmedizinischer Zusammenhänge in der damaligen DDR hinweisen. Hier handelte es sich um die Verstrickung der Wissenschaft mit der Geheimpolizei des totalitären Staates. Was man vor 1990 oft nur dunkel erahnen konnte, ist dank der nun zugänglichen Stasi-Akten offen zu Tage getreten: Konspiration, Manipulation, Desinformation und Denunziation – alles im Namen der Wissenschaft. Wozu sich noch vor zwölf Jahren Wissenschaftler hergaben, um ein umweltmedizinisches Thema ersten Ranges zu vertuschen, möchte ich anhand eigener Erlebnisse schildern.

Es geht um den Uranbergbau in der DDR. Die „Wismut“ hatte seit Kriegsende unter größter Geheimhaltung ganze Landstriche verwüstet und kontaminiert, um 220 000 Tonnen Uran für das sowjetische Atomprojekt zu fördern. In Sachsen und Thüringen blieben 500 Millionen Tonnen radioaktive Abfälle zurück – auf 3000 Halden und 20 Schlammdeponien. Von den trockengefallenen Rändern der Schlammdeponien her wehten regelmäßig strahlende Sandstürme über das Land. Tausende Bergleute erkrankten und starben an strahlenbedingten Bronchialkarzinomen, Zehntausende litten an Silikose. Hunderttausende waren bei der „Wismut“ beschäftigt, und dennoch war das Thema tabu. Nicht nur, daß die verheerenden Umwelt- und Gesundheitsschäden geheim gehalten wurden, selbst das Wort Uran hat man nie beim Namen genannt.

In dieser Situation versuchte ich ab 1986 im Zusammenhang mit der kirchlichen Umweltbewegung das Wismut-Tabu zu brechen. Mosaiksteinartig trug ich Information für Information zusammen und erstellte daraus eine 60-seitige Dokumentation über den Uranbergbau in der DDR und seine Folgen. Diese konnte ich 1988 mit Unterstützung des Kirchlichen Forschungsheimes in Wittenberg und eines Ost-Berliner Ärztekreises im Selbstdruck vervielfältigen und unter dem Titel „Pechblende“ (eine alte bergmännische Bezeichnung für das schwarze Uranmineral im Erz) als Untergrundschrift publik machen. All dies

geschah unter den Bedingungen einer schon seit Jahren andauernden gezielten politischen Verfolgung durch den Staatssicherheitsdienst.

Die Geheimpolizei des SED-Staates hat ja die Umweltbewegung nicht nur bespitzelt und abgehört, sie hat diese Bewegung, wie die anderen „Staatsfeinde“ der DDR auch, „bekämpft“, indem sie die Biographien ihrer Akteure zu verstümmeln trachtete mit sogenannten „Zersetzungsmaßnahmen“. Dazu gehörten laut MfS-Richtlinie 1/76 die „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes“ und die „systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge“ der Verfolgten. Insbesondere hat sich die Stasi über ihre inoffiziellen Mitarbeiter (IM) auch darum bemüht, jedwede öffentlichkeitswirksame Handlung der kritischen Gruppen von vornherein zu sabotieren. Die Umweltgruppen hatten sich zu entscheiden zwischen dem Prinzip der Offenheit, mit dem sie angetreten waren oder dem Prinzip der Gegenkonspiration, das zur Bedingung für ihren publizistischen Erfolg wurde.

In den beiden Jahren, in denen ich zur Wismut recherchierte, konnte ich nur ganz wenigen Freunden erzählen, womit ich mich beschäftigte. Diese Selbstisolation war hart, hat aber letztlich zum Erfolg geführt: Obwohl ich von über 20 Stasi-IM „umstellt“ war, erfuhr der Geheimdienst von meiner Wismut-Dokumentation erst als sie fertig war – aus der „Frankfurter Rundschau“. Und jetzt mußte man bei der Stasi damit rechnen, daß alles, was mir daraufhin passiert, ebenso publik wird wie die „Pechblende“. Folglich haben die zuständigen Stasi-Offiziere „trotz objektiv gegebener rechtlicher Möglichkeit, von der Einleitung eines Ordnungsstrafverfahrens abgesehen“. Statt dessen beschloß man eine „Entlarvung seiner Person als ‚Scharlatan‘“ und eine „Disziplinierung, Zersetzung und Verunsicherung“.

Zur Umsetzung dieses Plans brauchte man wissenschaftliche Gegenargumente zu meiner Dokumentation – und bekam sie prompt: Stellungnahmen zur „Pechblende“ lieferten die Chefs des Krebsregisters beim Zentralinstitut für Krebsforschung, des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz, des Geraer Bezirkshygieneinstituts, des Radiologischen Referats der Oberflußmeisterei Gera, der Gebietsarzt Wismut und der Ärztliche Direktor des Geraer Bezirkskrankenhauses. Diese Wissenschaftler waren sich einig, daß meine Schrift unwissenschaftlich und gefährlich sei. Durch „Vermischen von Fakten, Halbwahrheiten, Spekulationen, Falschdarstellungen und unbewiesenen Behauptungen“ würde „ein verzerrtes, emotional düster gezeichnetes Bild dargestellt, das von der Realität weit entfernt ist, aber den Laien durch die pseudowissenschaftliche Darstellungsweise sicher beeindruckt“ – so der Chef des Geraer Bezirkshygieneinstituts.

Die „Sachverständigen“ haben – einer vom anderen abgeschrieben – alle die DDR-Gesundheitsstatistiken als „Beweis“ für die völlige Ungefährlichkeit des Uranbergbaus zitiert. Sie taten das, obwohl sie wußten, daß die DDR-Gesundheitsstatistiken wegen der zu groben Rasterung (ganze Kreise oder gar Bezirke), wegen dem Zusammenspiel von langen Latenzzeiten und einer

beträchtlichen Bevölkerungsmigration (Abwanderung ehemaliger Bergleute) sowie wegen fehlender Daten des Wismut-Gesundheitswesens für epidemiologische Bewertungen des Uranbergbaubedingten Gesundheitsrisikos völlig unbrauchbar sind. Die staatlichen „Experten“ haben bewußt das beträchtliche Gefahrenpotential des Uranbergbaus verleugnet, um der Stasi eine „wissenschaftliche“ Legitimation für ihr Vorgehen gegen den Unruhestifter in die Hand zu geben.

Es folgten mehrere von der Stasi organisierte „Disziplinierungsgespräche“, bei denen mir unter Zuhilfenahme der „Sachverständigengutachten“ deutlich gemacht wurde, daß ich ein „unwissenschaftliches Machwerk“ verfaßt hätte. Der Chef der Stasi-Bezirksverwaltung teilte daraufhin dem Chef der SED-Bezirksleitung mit, die beauftragten Genossen „bewiesen anhand von Statistikmaterial“ die „Haltlosigkeit“ der Studie. Weiter heißt es in der Parteiinformation „über Disziplinierungsmaßnahmen mit dem Verfasser des Machwerkes ‚Pechblende‘“ vom 15. November 1988: „Damit eine weitere Verunsicherung der Bevölkerung, die Verleumdung des Industriezweiges Wismut und der Organe, die für den Umweltschutz zuständig sind sowie weitere Veröffentlichungen von westlichen Medien vermieden werden, wurde Beileites eine Überarbeitung der Studie und jede weitere Verbreitung schriftlicher oder mündlicher Veröffentlichung einschließlich sein Auftreten in kirchlichen Einrichtungen untersagt.“ Als ich klarstellte, daß ich mich daran nicht halten werde, drohte man mir indirekt Gewalt an: Wenn ich öffentliche Vorträge halte und die Leute wüßten, wer ich bin, könnte ich nur noch „mit zwei Mann Begleitschutz herumlaufen“.

Um eine Zweitaufgabe der „Pechblende“ zu verhindern, hatte man sich nun noch etwas anderes ausgedacht. Die „Organisierung der gezielten langfristigen Eingabetätigkeit an das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg und an den Verdächtigen“. Im Klartext: Inszenierung einer Briefkampagne an Herausgeber und Autor, um eine „Empörung“ über die „fehlende Wissenschaftlichkeit des Pamphlets“ und die Forderung, „von derartigen Aktivitäten wegen Inkompetenz Abstand zu nehmen“ zum Ausdruck zu bringen. „Damit verbunden war das Ziel, das Verhältnis zwischen Verdächtigen und Kirche zu erschüttern“ schrieb die Stasi ergänzend.

Nachdem wir ein halbes Jahr lang ausschließlich unterstützende und wohlwollende Reaktionen auf die Uran-Studie erhalten hatten, kamen plötzlich andere Briefe. „Mit Befremden und Empörung habe ich diese entstellende, unsachliche, verleumderische Veröffentlichung zur Kenntnis genommen“ – begann der erste Stasi-diktierte Brief eines Wissenschaftlers, der mit den Worten schloß: „Meine Eingabe betrachte ich als Beitrag, daß Sie Ihr Vorgehen überdenken, zukünftig weiter derartige verleumderische Veröffentlichungen zu tätigen.“ Auch Ärzte ließen sich zu solchen Stasi-Briefen herab, genauer gesagt: Chefärzte.

Der Ärztliche Direktor des Geraer Bezirkskrankenhauses begann sein Stasi-Brief folgendermaßen: „Getragen von der Verantwortung als Arzt und Wissenschaftler möchte ich mich in einer Angelegenheit zu einem gleichermaßen medizinischen wie gesundheitspolitischen Problem an Sie wenden. Ich sehe das als meine Pflicht an, getragen vom Eid des Hippokrates und den zutiefst humanistischen Idealen unserer sozialistischen Gesellschaft. Es geht mir um das Problem der sogenannten Pechblende.(...) In unserer heutigen Zeit der wissenschaftlichen Durchdringung aller Bereiche ist es mir persönlich unverständlich, wie Sie in Ihrer Arbeit ohne ausreichende Fundierung Aussagen über die schädigende Wirkung radioaktiver Strahlung infolge des Uranbergbaus treffen können.“

Ein anderer Ärztlicher Direktor lud mich zu einem Gespräch ein. In seinem Stasi-Bericht vom 21. Juli 1989 schrieb er darüber: „Er verhielt sich weiter reserviert. Deshalb verhielt ich mich betont höflich und entgegenkommend und es gelang mir, das Gespräch zwanglos und locker zu eröffnen, um ihm somit einige Informationen abzugewinnen. Es stellte sich heraus; Er plant eine zweite Auflage seiner Schrift. (...) Ich mußte mutmaßen, daß der abfahrende Zug nur ein Vorwand war, um schnell weg zu kommen. Entgegen der höflichen gegenseitigen Begrüßung erfolgte keine dementsprechende Verabschiedung. Durch sein fluchtartiges Verhalten wurde das Gespräch einfach abgebrochen und nicht resümierend abgeschlossen, wie ich mir das für den Fall eines ruhigeren Verlaufs vorgenommen hatte.“ Hier hat jemand in erster Linie seine eigene Rolle bei der Denunziation und Repression ganz besonders wichtig genommen – ein Ärztlicher Direktor wohlgemerkt.

Was wurde nun aus solchen Wissenschaftlerkarrieren nach dem Untergang des SED-Staates? Auch dazu ein Beispiel: Der Leiter des Nationalen Krebsregisters der DDR hatte 1988 unter Bezugnahme auf die Dokumentation „Pechblende“ in seiner „Argumentation“ geschrieben, daß die „Behauptung ‚strenge Geheimhaltung der Daten‘ schlichte Demagogie der BRD-Presse“ sei und die „Behauptung, daß im Bezirk ‚Gera und den südöstlich gelegenen Gebieten‘ gehäuft Krebserkrankungen (...) zu beobachten sind, kann anhand der Befunde des Datenmaterials des Krebsatlasses 1978-1982 ad absurdum geführt werden.“ Zweieinhalb Jahre später war er Abteilungsleiter Epidemiologie im Klinisch-diagnostischen Bereich des Bundesgesundheitsamtes in Berlin. Zusammen mit seinem Bereichsleiter, dem früheren Chef des Instituts für Medizin im Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR, warb er Anfang 1991 in Bonn um Forschungsgelder der Bundesregierung. In ihrem gemeinsamen Vortrag begründeten sie die Notwendigkeit ihres Forschungsvorhabens zum uranbergbaubedingten Gesundheitsrisiko mit der Unzulänglichkeit der Gesundheitsdaten des DDR-Krebsregisters; insbesondere weil man bei der Erstellung geographischer Krebsstatistiken den Einfluß der Bevölkerungsmigration innerhalb der langen Latenzzeiten nicht berücksichtigt hatte: „Aufgrund dieser Umstände“ so argumentierten die beiden DDR-Wissenschaftler jetzt „ist durchaus mit der Möglichkeit zu rechnen, daß eine Reihe von möglicherweise strahlenbedingten Lungenkrebserkrankungen heute in ganz anderen Gebieten der ehemaligen DDR und den alten Bundesländern als

den angeschuldigten Expositionsgebieten auftreten können. Hier besteht Forschungsbedarf.“

Als es um neue Forschungsgelder ging, diesmal um richtiges Westgeld, hatte ihr „Datenmaterial des Krebsatlases“ der DDR plötzlich keinerlei Beweiskraft mehr, schon gar nicht, um irgend etwas als „schlichte Demagogie der BRD-Presse“ „ad absurdum“ zu führen. Es war jetzt eben falsch und mußte neu erforscht werden – natürlich von den alten Leuten. In einer anderen Hinsicht waren die DDR-Forscher noch nicht im Rechtsstaat angekommen. Ihr Bonner Vortrag zur Begründung des „Forschungsbedarfs“ beginnt mit dem Satz: „Im Jahre 1988 sorgte eine aus medizinischen Laienkreisen stammende Denkschrift zur Darstellung des Gesundheitszustandes der in den Uranbergbaugebieten Sachsens und Thüringens ansässigen Wohnbevölkerung und die Verbreitung dieser Informationen in den öffentlichen Medien für eine heute kaum noch zu beeinflussende Verunsicherung der dortigen Bevölkerung.“ Sie nahmen offenbar an, auch in der Bundesrepublik sei Wissenschaft dazu da, die „Verunsicherung der dortigen Bevölkerung“ (die ja primär durch die offizielle Tabuisierung des Themas in der DDR entstanden war) zu „beeinflussen“. Nachdem die Stasi keine Berichte mehr entgegennahm, haben sie die Diffamierung der Studie „Pechblende“ gegenüber dem Bundesumweltministerium und in Fachzeitschriften fortgesetzt. Beide wurden in den Forschungsverbund des Projekts „Gesundheitsrisiken durch Strahlenexposition in den Südbezirken der ehemaligen DDR“ aufgenommen.

Fazit: Es war in Ostdeutschland bis 1990 wissenschaftlichen „Laienkreisen“ vorbehalten auf ein so gravierendes umweltmedizinisches Thema wie dem der Uranbergbaufolgen überhaupt aufmerksam zu machen. Den Wissenschaftlern selbst war es vorbehalten, die katastrophalen Zustände zu verschleiern, die Toten zu zählen und sie dann zu verstecken. Und nicht wenige Wissenschaftler durften sich auch daran beteiligen, diejenigen zu diskreditieren, die die Probleme publik machen und einer Lösung zuführen wollten. Am beliebtesten war dabei die höhnische Frage nach den Daten – die sie selbst unter Verschluss hielten. Die Laien waren nicht zuletzt deswegen Laien (geblieben), weil sie von der Stasi – von Wissenschaftlern unterstützt – mit der heimtückischen Methode der „systematischen Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge“ verfolgt wurden.

Nach 1989 haben sich bei mir einige Stasi-Offiziere für die von ihnen veranlaßte Repression entschuldigt. Von den an der Verfolgung beteiligten Wissenschaftlern hat sich mir gegenüber niemand erklärt, obwohl ich den meisten noch oft begegnet bin.

Im Westen gab es nur wenige Wissenschaftler, die bei ihren Kontakten in die DDR bewußt die „Laienkreise“ bevorzugten. Einer von denen, dessen Namen ich 1987 bereits kannte, weil er als Blumentopferde getarnte Proben untersuchte, war Professor Dr. Otmar Wassermann in Kiel. Kennengelernt haben wir uns erst Anfang März 1990. Genau einen Tag nachdem ich als Geraer

Bürgerkomiteemitglied – als einer der ersten Verfolgten überhaupt – Einblick in meine Stasi-Akten bekommen hatte, war ich nach Kiel zu einer Tagung gekommen. Ich stand sehr unter dem Eindruck der gegen mich aufgestellten „Maßnahmepläne“ der „Zersetzung“, die ich nun zum ersten mal schwarz auf weiß gelesen hatte. Auch die „Verhinderung der Aufnahme eines beabsichtigten Studiums“ gehörte dazu. Auf der Kieler Tagung fragten mich viele nach der Situation im Wismut-Gebiet. Nach der Situation des „Laien“, der wegen der politischen Verfolgung in der DDR nicht einmal zum Abitur zugelassen wurde, geschweige denn zum Studium, fragte mich nur einer: Professor Wassermann. Er hat sich in der Folgezeit sehr engagiert dafür eingesetzt, daß ich studieren konnte. Und er hat sich dafür eingesetzt, daß bei den Debatten über Wissenschaftsethik auch der DDR-Aspekt berücksichtigt wird. Für beides danke ich Otmar Wassermann auf das herzlichste, auch im Namen derer, mit denen ich damals zusammen in den „Laienkreisen“ – und unter den Bedingungen laufender „Zersetzungsmaßnahmen“ – umweltmedizinische Probleme thematisiert habe.

Insofern, Herr Dr. Bückendorf, muß ich die Benennung der Teilnehmer in Ihrer Begrüßung ergänzen: Es sind heute nicht nur Freunde und Förderer Professor Wassermanns hier, sondern mit mir mindestens auch ein Freund und Geförderter von ihm.

Und, liebe Frau Dr. Schubert, gestatten Sie mir bitte, auch Ihre Laudatio in einem Punkt zu ergänzen: Professor Wassermann hat nicht nur Preise erhalten, er hat sich auch mit Erfolg dafür eingesetzt, daß Preise vergeben wurden. Dank seiner Initiative ist 1993 der erste Hoffnungspreis der Deutschen Umweltstiftung an Frau Petra Hans in Altenburg verliehen worden. Petra Hans hatte sich bereits zur DDR-Zeit unter erheblichen Risiken und auch nach der politischen Wende gegen massive Widerstände für die Offenlegung der katastrophalen Umweltsituation im Umfeld der Teerverarbeitungsanlagen im ostthüringischen Rositz eingesetzt. Mit der Preisverleihung konnte nicht nur das kritische Engagement und die Zivilcourage von Petra Hans gewürdigt werden, es ist auf diese Weise für alle Menschen in der uran- und teerverseuchten Region ein großes Hoffnungszeichen gesetzt worden. Die anlässlich der Hoffnungspreisverleihung vor der von Petra Hans gegründeten Umweltbibliothek gepflanzte Linde wächst.

Lieber Professor Otmar Wassermann! Vielen herzlichen Dank!

-
- M. Beleites: Pechblende. Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen. Selbstdruck, Hrsg. vom Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg, 1988.
 - M. Beleites: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz. Berlin 1991. (2. erw. Aufl. 1992)
 - M. Beleites: Altlast Wismut. Ausnahmezustand, Umweltkatastrophe und das Sanierungsproblem im deutschen Uranbergbau. Frankfurt a. M. 1992.

Michael Beleites, 1964 in Halle/Saale geboren, aufgewachsen in Trebnitz bei Zeitz; 1981-84 Praktikum u. Berufsausbildung zum Zoologischen Präparator, bis 1987 Präparator am Naturkundemuseum in Gera, dann freiberuflich; ab 1982 Engagement in überregionalen Initiativen der kirchlichen Friedens- und Umweltbewegung, ab 1986 Recherchen zu den ökologischen und gesundheitlichen Folgen des Uranabbaus der SDAG Wismut, Juni 1988 Fertigstellung der im Selbstdruck hergestellten Dokumentation „Pechblende - Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“; 1989 - 90 Mitglied des Geraer Bürgerkomitees zur Stasi-Auflösung; Febr. 1990 Berater des Neuen Forum am Zentralen Runden Tisch in Berlin; Juni 1990 Gründungsmitglied von Greenpeace DDR e.V.; 1990 -92 Autor (Buchveröffentlichungen „Untergrund“, „Altlast Wismut“); 1992 - 95 Landwirtschaftsstudium in Berlin und Großenhain (Sachsen), ab 1995 publizistisch tätig; seit Dez. 2000 Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen in Dresden; verh., 2 Kinder.